

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Annahme einer Entschließung

Für Freiheit, Grundrechte und Selbstbestimmung – Solidarität mit der queeren Community und allen demokratischen Kräften in unserer Partnerstadt Budapest

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die fortgesetzten Gesetzes- und Verfassungsänderungen der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán zielen systematisch darauf ab, die Rechte von LSBTIQ*-Menschen massiv zu untergraben und ihre Sichtbarkeit zu eliminieren. Dies äußert sich in Pride-Verboten wie in Budapest am 28. Juni 2025, der Einschränkung von Bildung und queerem Leben unter dem Vorwand des Kinderschutzes und der Diffamierung von LSBTIQ*-Personen und -gruppen. Diese Maßnahmen sind Teil der Strategie zur Zerstörung zivilgesellschaftlicher Freiräume und der Etablierung einer illiberalen Agenda, die von der EU-Kommission im Rahmen des Artikel-7-Verfahrens kritisiert wird – bisher ohne wirksame Konsequenzen.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin verurteilt diese Angriffe auf Menschenrechte, Pressefreiheit, Justizunabhängigkeit und Minderheitenrechte in Ungarn scharf. Sie attackieren Demokratie, europäische Grundwerte, Selbstbestimmungsrechte und gesellschaftlichen Pluralismus, schaffen ein Klima der Angst und treiben progressive Kräfte ins Exil.

Das Abgeordnetenhaus solidarisiert sich uneingeschränkt mit der ungarischen Zivilgesellschaft, insbesondere der queeren Community, die trotz Repressionen für LSBTIQ*-Rechte, Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit sowie für eine offene und solidarische Gesellschaft eintritt. Berlin steht fest an ihrer Seite.

Die über 30-jährige Städtepartnerschaft zwischen Berlin und Budapest, basierend auf universellen Werten, Menschenrechten und Demokratie, verpflichtet angesichts der Entwicklungen in Ungarn zu aktivem Eintreten gegen Diskriminierung und autoritäre Politik sowie zur konkreten Unterstützung der Zivilgesellschaft. Diese Werte müssen entschlossen verteidigt werden.

Berlin erwartet von der ungarischen Regierung die sofortige Rückkehr zu demokratischen Prinzipien und europäischen Verpflichtungen, inklusive der Rücknahme diskriminierender Gesetze gegen LSBTIQ*-Personen, der Wiederherstellung von Justiz- und Medienfreiheit, der Respektierung von EuGHMR/EUGH-Urteilen und der Beendigung aller Angriffe auf die Menschenrechte.

Berlin trägt als Partnerstadt besondere Verantwortung. Dem Bekenntnis des Senats zum Schutz queerer Menschen weltweit müssen konkrete Taten folgen.

Der Senat wird daher aufgefordert,

- sich öffentlich, klar und auf höchster Ebene mit der queeren Community und Betroffenen in Ungarn zu solidarisieren und Viktor Orbáns Politik scharf zu verurteilen,
- die queere Community und Menschenrechtsverteidiger*innen in Budapest im Rahmen der Städtepartnerschaft substanziell zu unterstützen,
- als Regenbogenhauptstadt praktische Solidarität zu zeigen, offizielle Kontakte zur ungarischen Regierung kritisch zu überprüfen und für Interventionen zugunsten von Menschenrechten zu nutzen, statt Repression zu legitimieren,
- sich mit internationalen Partner*innen und Bürgermeister Gergely Karácsony dafür einzusetzen, dass der Budapest Pride am 28. Juni ohne Einschränkungen stattfinden kann und die Entsendung einer Beobachter*innen-Delegation aus Berlin anzubieten,
- eine Delegation ungarischer LSBTIQ*-Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen anlässlich des CSD Berlin am 26. Juli 2025 einzuladen, ihnen eine prominente Plattform zu bieten, um das CSD-Motto „Nie wieder still!“ praktisch werden zu lassen,
- auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene darauf hinzuwirken, den politischen und wirtschaftlichen Druck auf Ungarn durch Konditionierung von EU-Mitteln, Prüfung von Sanktionen und Unterstützung von Vertragsverletzungsverfahren, zur Einhaltung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu erhöhen,
- die Städtepartnerschaft mit Budapest daran auszurichten, demokratische Akteur*innen vor Ort zu stärken, damit Viktor Orbáns Politik dadurch keine Legitimation erfährt,
- Programme für gefährdete LSBTIQ*-Aktivist*innen, Künstler*innen und Wissenschaftler*innen aus Ungarn zu schaffen oder bestehende zugänglicher zu machen und besser auszustatten.

Berlin, den 13. Mai 2025

Jarasch Graf Neugebauer Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Lederer
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
die Linke